



Nr. 334. Mittag-Ausgabe.

Zweiundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trenhardt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 21. Juli 1881.

Termin der Reichstagswahlen und Dispositionen für die Landtagswahlen.

Unser Berliner = Correspondent schreibt:

Wie bereits früher erwähnt, steht über den Tag der Reichstagswahl noch nichts fest, ja die Einzelregierungen sind wie es heißt noch nicht deshalb befragt oder mit ihnen darüber Verhandlungen angeknüpft. Gesetzlich müssen aber die Wahllisten vorher angefertigt und vier Wochen mit er erforderlichen Einspruchfrist ausliegen, ehe die eigentliche Wahl vor sich gehen kann. Inzwischen sind in Preußen schon vorbereitende Verfassungen dahin ergangen, daß bei Bildung der Wahlbezirke die letzte Volkszählung vom vorigen December zu Grunde zu legen seien und kein Wahlbezirk mehr als 3500 Seelen enthalten dürfe. Unterdessen machen sich die in Westpreußen und Posen erscheinenden polnischen Zeitungen mit den Wahlen zu schaffen und so sagt beispielsweise der in Thorn herauskommende „Przyjaciel“ daß man sich deutscher Sets schon sehr um die Wahlen bemühe und es vorzusehen sei, daß man dort Alles aufbieten wird, die „Polen“ zu überstimmen. „Die Deutschen werden bei den Wahlen in den Juden eine sehr große Hilfe finden, obwohl viele Deutsche jetzt sehr auf die Juden verbissen sind. Bei den Wahlen wird man unserem Volke den Kopf verdrehen und es zur Abgabe deutscher Wahlzettel verleiten.“

Die Kirchenpolitische Taktik des Herrn v. Gosler.

Der oben gedachte Berliner Correspondent meldet uns ferner:

Dem Vernehmen nach beabsichtigt der jetzige Cultusminister von Gosler die Zustimmung des Staatsministeriums und des Kaisers für eine Nichtverlängerung des im July v. J. erlassenen, mit Ende d. J. ablaufenden kirchenpolitischen Gesetzes zu erlangen, was darauf hindeutete, daß der Minister unter Zustimmung des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichstanzlers seine eigenen Wege einschlagen werde. Bemerkenswert ist in dieser Beziehung eine Mittheilung der in Pelpin, dem Wohnorte des Bischofs von Kulm, erscheinenden polnischen Zeitung „Pielgrzym“, wonach der Cardinal Graf Ledochowski, der frühere Erzbischof von Gnesen-Posen, bei dem Abschiedsempfange der Pilger aus Posen und Westpreußen die Hoffnung „auf ein baldiges Wiedersehen“ ausgesprochen habe, was doch nur auf seine (übri gens dennoch sehr unwahrscheinliche) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gedeutet werden könnte. Aus demselben Blatt erfährt man übrigens, daß Cardinal Jacobini die Pilger zum Abendessen eingeladen habe.

Dr. Hänel über die Arbeiterversicherung.

In einer Versammlung der Gewerbevereine der Schiffszimmerer und Maschinenbauer zu Gaarden bei Kiel hielt Professor Hänel am Sonnabend über die Arbeiterversicherung und die Gewerbevereine einen Vortrag, den wir nach stenographischen Aufzeichnungen wiedergeben:

Meine Herren! Ich habe leider das Privilegium, bereits fast 25 Jahre, fast ein Vierteljahrhundert hindurch auf das politische Leben Deutschlands zurückblicken zu können. Dies ist für die Geschichte des Volkes keine umfassende Zeitspanne, es sind aber in derselben verschiedene bedeutsame Ereignisse vor sich gegangen, an der Spitze steht diejenige große Errungenschaft, welche unser deutsches Volk zur langersehnten Einigung gebracht hat. Ein zweites, kaum minder bedeutendes Ereignis ist das starke Hervortreten der sozialen Frage, d. h. der Frage nach der allmäßigen wirtschaftlichen und moralischen Hebung des Arbeiterstandes. Vielleicht klingt es fahn und dreist, aber mit ziemlicher Sicherheit wage ich zu behaupten, daß in den letzten zehn Jahren die Lösung dieser ungemein schwierigen Frage entschiedene Fortschritte gemacht hat. Ich rechne bereits dazu den Umstand, daß die Frage allseitig und überall discutirt und erörtert wird. Keine politische Partei giebt es, die es nicht als eine Notwendigkeit empfände, zu der Frage ganz bestimmte Stellung zu nehmen. Wenn der Reichstanzler einmal im Scherze sagte, daß alle Parteien das Bedürfnis fühlten, dem Bruder Arbeiter die Hand zu drücken, so lag darin ein tiefer Ernst: denn, wie gesagt, jede Partei muß mit dem Interesse und den Forderungen der arbeitenden Parteien rechnen. Ich nenne es einen praktischen Fortschritt im Sinne der Geschichte, den wir zurückgelegt

haben. Wenn eine Nation durch eine solche Frage ein Jahrhundert hindurch erregt und bewegt wird, wenn sie sich unausgesetzt um die Lösung derselben bemüht, so ist es unmöglich, daß sie durch Revolutionen und Putsch irgend etwas wirken zu können glaubt. Alle solche Dinge haben von jeher nur dazu gedient, grobe Rückschläge herbeizuführen; nicht eine Lösung, sondern das Gegenteil davon, nur Rückschläge. Nur eine Lösung, welche auf dem Grunde der ernstesten vielseitigsten Erwägung beruht, hat die wirklichen Bedingungen der Erzeugung und der Dauer in sich. Wenn ich nun sehe, daß die Frage die tiefsten Schichten berührt, so darf ich wohl sagen, daß in allem große aussichtsreiche Fortschritte liegen. Aber es fehlt auch nicht an praktischen Resultaten. Ich will hier nicht alle bezeichnen, indem mit zwei Sachen der größten Bedeutung haben wir zu thun, einmal mit der allgemeinen gesetzlichen und unerlässlichen Anerkennung zunächst des Rechts der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, sowie der Coalitionsfreiheit, d. h. des Rechts der Arbeiter, ihre Arbeitskraft auf dem Wege und nach der Richtung hin zu verwerten, der ihren Fähigkeiten, ihrem freien Willen am besten entspricht; zweitens volle Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern bei der Festsetzung der Bedingungen des Arbeitsvertrages.

Gewiß, diese beiden Dinge, sie sind nur Rechte oder Werkzeuge, d. h. sie müssen geschickt gehandhabt werden. Wer die Freizügigkeit einfach als das Recht der Bagabondage betrachtet, wer in der Coalitionsfreiheit nur die Freiheit des Arbeiters sieht, Strikes zu machen, Putsch in Scène zu setzen, der wird allerdings erfahren, daß es ein sehr zweckwidriges Schwert ist, wer aber erkennt, daß alle diese Rechte nur in wohlüberlegter, in wohlorganisierter genossenschaftlicher Weise zur Geltung gebracht werden können, der wird zu der Überzeugung gelangen, daß mit dieser Frage die soziale Stellung, die politische Dichtung und die wirtschaftliche Wohlfahrt des Arbeiters stand aufs Engste verknüpft ist, und er wird daher jede Vereinträchtigung und Schädigung nach dieser Richtung hin nicht nur als einen Eingriff in die Rechte des Arbeiters, sondern des ganzen Volkes betrachten. Deshalb, meine Herren, frage ich bei den tausend Projecten, die für die Lösung der Arbeiterfrage in Vorschlag gebracht werden: Sind damit jene beiden Grund- und Urrechte vereinbar oder nicht? Sind sie das nicht, so verwerfe ich jeden einzelnen Vorschlag! Diesen Maßstab nun habe ich an eine Frage gelegt, die gerade in der Gegenwart mehr wie irgend eine andere discutirt wird: an die Frage des Arbeiterversicherungswesens. Zweifellos ein überaus bedeutsames Problem, das mit vollem Recht in den Vordergrund gestellt wird; zweifellos, daß die richtige und glückliche Lösung der Arbeiterversicherungswesens ein hervorragendes Mittel zur Hebung und Sicherung der ganzen materiellen und wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiter ist! So möge es denn gestattet sein, auch hier diese Frage in den Vordergrund zu legen.

Diesjenige Waare, welche der Arbeiter auf den Markt bringt, ist seine Arbeitskraft, freilich eine Waare von außerordentlicher Bedeutung, die würdigste Waare, womit physisch und moralisch der Inhaber unlösbar verbunden ist, die jedoch trotzdem eine Waare bleibt. Nur denn, jede Waare findet ihren richtigen Preis, wenn sie einen Ersatz der Productionskosten der Arbeit erfährt. Genau so hier. Die Productionskosten bilden sich durch den Aufwand der Intelligenz, Geschicklichkeit, die einen tüchtiger Arbeiter darin hineinlegt. Der richtige Preis, der richtige Lohn muss also jenes erscheinen: das heißt nicht blos dem Arbeiter und seiner Familie die physische Existenz ermöglichen, sondern auch die Kräfte ersezten, welche zur Aufrechterhaltung der ungemeinderten Arbeitsfähigkeit erforderlich sind. Sind damit aber die Productionskosten der Arbeit wirklich voll vergütet? Ich werde in einem Beispiel sprechen. Wenn sie einen Topf vom Töpfer kaufen, bezahlen sie denn nur den Arbeitslohn, den Capitalersatz, der verhältnismäßig auf je einen entfällt? Nein, sie vergüten zugleich einen Bruchtheil derselben Waare, die dem Töpfer bei der Fabrication verunglückt, zerbrechen. Wenn dies nicht geschehen würde, so müßte der Töpfer von seinem Capital leben, so müßte er nach einer gegebenen Zeit unbedingt zu Grunde gehen. Dieser besondere Aufwand nennen die Nationalökonomie die hohen Productionskosten. Auch die Arbeiter, m. H., kennen diese Art von Productionskosten nur zu sehr. Bei dem Arbeiter bilden dies die Kosten für die Tage der Arbeitsunfähigkeit. Sie kennen die Gründe der lechteren, deren wir namentlich vier unterscheiden: erstens, den frühzeitigen Tod; werden Kinder und Witwen hinterlassen, so macht sich der Tod in seinen Folgen so lange geltend, bis die Hinterbliebenen selbst arbeitsfähig geworden sind; zweitens vorübergehende Krankheit; drittens Invalidität, die in dauernder Gebrechlichkeit, in dauernder Krankeit, in allgemeiner Arbeitschwäche bestehen kann; viertens unverschuldet Arbeitslosigkeit.

Nun, die hohen Productionskosten, die wesentlich aus den viel angegebenen Ursachen das Product Arbeit treffen, sie müssen dem Arbeiter erzeigt werden. Freilich ist es schlechterdings unmöglich, daß der Lohn so hoch gespannt werde, daß jeder einzelne Arbeiter gegen jeden derartigen Fall gewappnet wäre, schon deshalb, weil der Arbeiter gerade inmitten des Sparsams davon betroffen werden kann. Es ist aber auch unmöglich, die

„Wer sagt Dir dies denn, Mutter?“

„Mein kleiner Finger hier . . . und die weiblichen Geschöpfe sind sehr empfänglich dafür, wenn sie erfahren, daß man sie eines Schusses Pulver werth gehalten hat.“

Graf Ottomar hatte noch mehr Ursache als Hugo zu wünschen, daß die kleine Affäre verborgen bliebe, er hatte nothwendige Formlichkeiten vernachlässigt wie die ehrengemäße Entscheidung, theils um die Sache nicht länger hinauszuschieben, theils weil es ihm peinlich gewesen wäre, über den ersten Anlaß des Duells sprechen zu müssen.

Dennoch hatte Försler Stromer, der alles, was in Waldenbach vorging mit krampfhafter Spannung beobachtete, vom sicherer Buschversteck aus den Vorgang mit angesehen; er hatte dann mit einem befreundeten Inspector von Waldenbach darüber gesprochen; von diesem erfuhr es Neide, der die wichtige Nachricht bald nach Schloss Greifenberg brachte.

Als Hugo das nächste Mal dort erschien, vergaß Clarissa sogar, ihn zu fragen, wie sich Taotla befindet und wie weit das Opferfest in Denohtikan vorgeschriften sei; mit einer Aufregung, die Hugo nie bei ihr bemerkte hatte, rief sie ihm gleich bei der ersten Begrüßung zu: „Sie haben sich geschlagen!“

Hugo war überrascht, er versuchte zu leugnen.

„Ich weiß Alles . . . und geschlagen mit Graf Ottomar.“

Der junge Dichter war gar nicht so unzufrieden damit, daß man hier von seiner Heldenthätigkeit wußte; er zuckte nur mit den Achseln, man konnte darin eine Ablehnung ein Eingeständnis sehen.

„Und der Grund, wenn die Freundin fragen darf?“

Clarissa nahm einen einschmeichelnden Ton an.

„Eine frühere feindliche Begegnung . . . schon vor dem Kriege“, sagte Hugo.

„Nein, nein“, versetzte Clarissa heftig; „das weiß ich besser: es geschah um der schönen Hedwig willen, er liebt sie.“

„Mag er sie lieben, was kümmert's mich?“ versetzte Hugo ausweichend.

Den ganzen Abend blieb die junge Comtesse einsilbig und verdüstert. Hugo war geistreich wie immer, sein Selbstgefühl war seit dem Duell im Walde gewachsen; er brachte, wie er sich selbst sagte, im Gespräch einige geniale Wendungen an, doch vergeblich. Clarissa

brachte aller Waaren so hoch hinauf zu treiben, um jenes durchzuführen. Was bleibt übrig? Nur eines: die Versicherungsprämie. Jene hohen Produktionskosten werden in der Versicherungsprämie aufgebracht, d. h. durch die Ansammlung kleiner, unbedeutender Beträge genossenschaftlicher Weise zu einem Capitale, welche die gebildeten Kosten decken und übernehmen muß.

M. H., in diesem Sinne muß daher der Arbeitslohn die Höhe erreichen, um die Versicherungsprämie tragen zu können. Dieser Anspruch der Arbeiter ist keineswegs übertrieben, sondern folgt einfach und consequent aus unerträglichen gegenwärtigen ökonomischen System. Wie der Töpfer sich seine bei jedem regelmäßigen Betriebe unvermeidlichen Verluste vergüten lassen muß, so der Arbeiter hinsichtlich seiner Arbeitskraft. Wie der Consument bei dem Töpfer zu billig kaufen würde, wenn er jenen Ersatz nicht leistete, so erhalten alle Consumenten der Arbeitskraft die leistung zu billig, wenn dabei die Versicherungsprämie nicht in Ansatz gebracht bekommen sind. Ich wiederhole, jener Anspruch des Arbeiters ist nothwendig, ist berechtigt, aber wie ich hinzufüge, mir berechtigt, wenn der Arbeiter sich der Pflicht nicht bewußt ist, daß er nicht irgend welchen Luxus sich erlauben darf, bevor er die Versicherungsprämie aufgebracht hat. Es ist dies zugleich seine Pflicht. Wenn er nicht stets diese Berechnung in Ansatz bringt, dann folgt daraus, daß er die Höhe des Arbeitslohnes geradewohl hinausbricht. Der Arbeiter muß es dahin bringen, daß jene Versicherungsprämie durch seinen Lohn mitgetragen werde. Diese Pflicht trifft insbesondere den älteren, besser situierten Arbeiter. Nur dann wird es gelingen, die tiefsten Schichten zu vermögen, daß auch sie sich jene Notwendigkeit vor Augen halten, sich danach richten.

Jetzt aber, m. H., werden Sie mich fragen: Wie nun ist dies möglich, wie läßt sich alles dies praktisch durchsetzen? Da die angedeuteten Voraussetzungen überall zugegeben werden, so dreht sich die Discussion nur um den Punkt der praktischen Verwirklichung. M. H.! Es ist heutzutage Mode geworden zu sagen: weil der Arbeiter berechtigt und verpflichtet ist, in seinem Lohn die Versicherungsmöglichkeit zu finden, so bedarf es des Zwanges. Läßt sich diese Forderung halten? Sehen wir zu. Die Frage wird in zwei Theile zerlegt, es handelt sich bei der Zwangsversicherung entweder um die lokale oder eine große centralisirte Institution, um örtliche oder allgemeine Staats-Zwangsversicherung.

Bei den erstenen haben wir es nun entweder mit Gemeinden oder Fabrikasen zu thun. Mag das eine oder andere der Fall sein — und ich rechne auch die Knappenhäuser hinzu — so ist mit solchen Kasen nothwendig ein bestimmter unabsehbarer Umstand verbunden. Wenn der betreffende Arbeiter seine Fabrik oder seine Gemeinde verläßt, so geht er den Versicherung verlustig, darüber ist man nie und nirgends hinweggekommen, höchstens hat man es hier und da zu einigen Palliativmitteln gebracht. Da steht denn der Arbeiter vor einer Wahl. Wenn ihm andernwärts steigende Löhne geboten werden, so muß er entweder darauf verzichten, um die eingezahlten Versicherungsprämien nicht zu verlieren, oder aber er geht der besseren Chance nach und läßt jene erworbenen Ansprüche fahren. Er wird jetzt nur an der anderen Stelle, unter erschwerten Versicherungsbedingungen, wieder einer Kasse beitreten können, was eben eine genaue Versicherungsberechnung erforderlich macht. Sie sehen demnach, m. H., daß alle localen Zwangsvasen nothwendig mit bestimmten Beschränkungen der Freizügigkeit verbunden sind. Daraus ergibt sich, daß alle localisierten Versicherungskassen falsch sind. Sie sind dies aber auch deshalb, weil sie dem Grundsatz der sogenannten „großen Zahl“ widersprechen, dem Grundsatz, daß die billigere Versicherung nur bei möglichst großer, allgemeiner Theilnahme durchführbar ist.

So bleibt allein das zweite übrig, die Staats-Zwangsversicherung. Der Staat ist es, welcher die Aufgabe übernimmt. Es bleibt dabei ganz gleichgültig, ob alle Bürgen, oder aber, was das allein Erreichbare, nur einzelne Klassen diesem Versicherungszwang unterworfen werden, ob Beiträge unmittelbar, oder solche durch indirekte Steuern erhoben werden. Wenn jedoch der Staat in dieser Weise den Versicherungszwang ausübt, so ergibt sich als praktische Folgerung, daß der Staat zweierlei thue: einmal den Arbeitern die Arbeit garantire und sodann nicht minder den ganzen Lohn garantire, damit dieselben wirklich im Stande sind, die Versicherungsprämie aufzubringen. Beides hängt unlösbar zusammen.

Dies ist nicht undenkbar, obwohl wir keine Beispiele dafür in der Geschichte haben; aber wieviel geschieht heut zu Tage nicht ohne daß frühere Beispiele vorliegen? — allein das Gute in der Sache hat eine Rechtsseite. Und diese Rechtsseite ist für mich entscheidend. Wenn eine derartige Garantie des Staates geleistet werden soll, dann müssen Sie dem Staat das Recht einräumen, jedermann unter den von ihm dictirten Bedingungen zur Arbeit zu zwingen. Sie werden dazu nur kommen durch die Zwangswerkstatt des Staates. Das damit jede Freizügigkeit und Coalitionsfreiheit zu Grunde geht, daß damit keine wirtschaftliche, politische und sociale Freiheit und Unabhängigkeit des Arbeiters bestehen kann, davon bin ich so fest überzeugt, wie zweimal zwei vier sind. Und wenn ich nach Bildern umsehe, die für jene Zwangsanstalt das Seitenstück darstellen so weiß ich nur, daß das Arbeiter- und Armenhaus, ja das Zuchthaus zu

sprach immer nur von Hedwig und Ottomar und versetzte Hugo in ein so wirksames Kreuzfeuer, daß er mehr sagte, als er sagen wollte. Auch mußte er bestätigen, daß der junge Graf wieder nach der Hauptstadt abgereist war.

Kaum hatte Hugo das Schloß verlassen, als Clarissa, mit Tränen kämpfend, sich in ihr Gemach zurückzog. Ottomar hatte sie nicht aufgesucht, nicht einmal Paul's Besuch erwidert; er hatte sich geschlagen für ein anderes Mädchen, alle ihre schönen Träume waren vertrunken.

Sehr spät am Abend, im Nachtwand, in den Händen die Kerze, schritt sie wie ein Schlossgespenst durch die Gänge zu ihrer Mutter, die sich noch nicht in ihre Gemächer zurückgezogen hatte, weil sie, wie öfter geschah, im Salon eingeschlafen war.

„Mutter . . . lasst morgen die Koffer packen, wir reisen ins Bad! Du hast es mir längst versprochen. Meine Ersparnisse sollen die Kosten der Reise tragen.“

Die Gräfin Mutter rieb sich die Augen und ihre Papilloten raschelten wie verwundert.

„Kein Widerspruch; es ist mein ernster Entschluß. Du wirst mich doch nicht allein reisen lassen?“

Zwei Tage darauf war Graf Paul der einzige Bewohner des Schlosses und wurde in seinem Studium nur noch durch die Brummsfliege gestört, die um den Erd- und Himmelsglobus summte.

Siebentes Capitel.

Ein Auferstandener.

Einige Wochen waren seit diesen Vorgängen verflossen. Rothes Abendlicht lag auf den Rebengläsern und Walbergen und den nahen Felsgruppen und wie der Wiederschein eines Brandes glomm es an den Burgtrümern in die Höhe, an dem alten vermoderten Thurm und seinen moosbewachsenen Quadern, doch es war nur das friedliche Rothfeuer, mit welchem der sunitende Tag sich verläßt.

Unten auf dem Flus, der in silbernen Windungen durch das Thal dahinglitt, spielten goldene Lichter.

Es war still oben im Burghof, nur halbwärts auf schmalem Felsensteig zog eine lärmende Gesellschaft. Gefang ertonte und das aufmerksame Ohr konnte aus dem Gewirr der Stimmen heraus die Accente verschiedener Sprachen hören. Clarissa lehnte sich über die Mauer des Burghofes und sah hinaus in die duftige Ferne; rechts

nennen. Eines greift hier ins Andere. Jene Zwangsanstalt führt unvermeidlich zur Untergrabung jeder gesunden ökonomischen Entwicklung, jeder richtigen sozialen Stellung.

Ich frage aber noch, was ist der Staat? Der Staat wird hier durch das Beamtenthum repräsentirt. Die Allmacht des Staates bedeutet deshalb einfach die Allmacht des Beamtenthums.

Wenn wir demgemäß sowohl das locale, wie das staatliche Zwangssicherungswesen zurückweisen, was hat dann zu geschehen, um den gerechten Ansprüchen, von denen ich vorhin sprach, genüge zu thun? Es bleibt dann freilich keine besondere Weisheit mehr übrig: „Nedermann“, so sagt das alte Sprichwort, „ist seines eigenen Glückes Schmied!“ Die Arbeiter müssen versuchen, durch eigene Kraft, durch eigene Einsicht, eigene Tüchtigkeit das Ziel zu erlangen. Dies kann nicht geschehen in der Bereitstellung, wohl aber durch die Genossenschaft. Wir stehen da, Gott sei Dank, vor keiner bloßen Theorie, sondern haben die praktischen Beispiele vor Augen, diese Beispiele veranlassen wir den englischen Gewerbeverein. Letztere haben sich eine doppelte Aufgabe gestellt und vollständig gelöst: Erstens suchen sie einen entscheidenden Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und die Lohnhöhe auszuüben. Sie haben sich in dieser Richtung anfangs durchaus auf den Kriegsfuß gestellt, allein die Zeit des Streites ging schnell vorüber und längst gilt das Prinzip, daß die Arbeitseinstellung nur als letztes und äußerstes Mittel in Anwendung kommen darf. Man bemüht sich jetzt, auf dem Wege freier Verständigung mit den Arbeitgebern durch Einigungsämter und Schiedsgerichte dasselbe Ziel zu erreichen. Zweitens wirken sie durch den Arbeitsnachweis, der national wohl organisiert ist. Damit wird Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage geregelt. Es wird verhindert, daß in Folge des Überangebots von unbefähigten Arbeitskräften an einer Stelle auf die Lohnhöhe gedrückt wird. In Verbindung hierzu steht die genossenschaftliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, natürlich, soweit es sich um die unfreiwillige, entzündbare Arbeitslosigkeit handelt.

Hundert Jahre hat es bedurft, um wirklich zu einem solchen entscheidenden Einfluß auf den englischen Arbeitsmarkt und die englische Arbeitbewegung zu gelangen. Die Gewerbevereine zählen jetzt über eine Million Mitglieder und verfügen über Millionen für Unterstützungen in Krankheits-, Invaliditätschüssen u. s. w. Ich sehe davon ab, im Allgemeinen nähere Zahlen nachzuweisen, um zu zeigen, daß auf den einen einen Gewerbeverein der Maschinenaufbau, der seit fünfzig Jahren besteht und den man wohl als die Perle des Ganzen bezeichnen kann. Dieser Gewerbeverein hat an Reise-Unterstützungsgeldern, Geschenken für Arbeitslohn etc. geleistet im Jahre 1855: 245,580 Mark — 1858: 707,800 M. — 1867: 1,164,860 M. — 1868: 1,299,580 M. — 1869: 1,199,600 M. — 1875: (soweit reicht die mir vorliegende Notiz) 631,200 M. Dieses Steigen und Fallen illustriert die Prosperität des englischen Arbeitsmarktes. Wenn im letzternen Jahre eine erheblich geringere Summe für jene Zwecke verwendet wurden, so deutet dies an, daß im Ganzen genommen günstigere Bedingungen, günstigere Arbeitsverhältnisse obgewalzt haben. Alle vorstehenden Zahlen indeß beweisen die kolossal Erfolge der Vereinsinstitutionen.

Nun, meine Herren, was den Engländern möglich gewesen, kann das denn nicht auch den deutschen Arbeitern sein? Und es ist möglich. Wir haben eine Reihe von Gewerbevereinen vor uns: denjenigen der Buchdrucker, sowie die Hirsch-Dunderchen, wovon wir die Repräsentanten hier in Gaarden sehen. Diese Gewerbevereine verfolgen dieselben Ziele wie die Engländer. Auch sie beruhen auf der eigenen Kraft und der eigenen Einsicht der Angehörigen, auch sie fordern keine Staatshilfe, sondern nur zweierlei: Erstens, die Anerkennung ihrer Organisation, die Fähigkeit, ihre Kassen richtig zu verwalten, nach außen hin selbstständig aufzutreten. In dieser Weise dient das Hilfskassengesetz, aber noch fehlen andere gefährliche Ordnungen.

Sie fordern zweitens, und mit vollem Rechte, daß das eigentliche Arbeiter-Versicherungswesen nicht mit der Unfallversicherung verwechselt werde. Jene Arbeiterversicherung, von der ich sprach, sie ist aus der Natur der Arbeit und des Arbeiters hervorgegangen: durch Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit veranlaßt. Der Arbeitsunfall dagegen, der durch die Produktionsoperation hervorgebracht wird, wurzelt in der Natur des Betriebes. Seine Entstehung darf deshalb nicht auf den Lohn, auf den Arbeiter sondern muß auf die Betriebskosten, auf die Unternehmer gewälzt werden. In dieser Richtung, in diesem Prinzip bewegt sich die Haftpflicht: hier wird dem Arbeiter der Anspruch verliehen, die Folgen der Verunfälgung durch den Betriebsunternehmer decken zu lassen! War das bisherige Gesetz auch noch mangelhaft, war der Grundatz auch noch nicht in die rechte Form gebracht, so war doch der Grundatz am sich richtig.

Als nun im Frühjahr das Unfallversicherungsgesetz vorgelegt wurde, da sagten sich die Gewerbevereine, wir wollen die Durchführung der Haftpflicht, und zwar deshalb, damit nicht dem Unternehmer etwas abgenommen wird, was ihm auf alle Fälle obliegt. So die Stellung der Gewerbevereine. Die deutschen Gewerbevereine haben hier bewiesen, daß sie voll und ganz auf den bewährten Bahnen der englischen vorwärtsgehen.

Ich für meinen Theil bin der festen Überzeugung, daß dies die richtigen Bahnen sind. Diese Gewerbevereine sind noch jung, sie haben noch keine umfassende Erfahrung hinter sich, sie bedürfen noch einer größeren Mitgliederzahl; aber meine ganzen Wünsche und Sympathien gehörn ihnen. Sie sind die rechten Pioniere für den Arbeiterstand. Sie verwirklichen den Spruch eines weisen Mannes, eines berühmten Arbeitfreundes, Benjamin Franklin's: „So Euch Demand sagt, daß Ihr durch andere Mittel zur Wohlfahrt gelangt, denn durch eigene Kraft, durch eigenen Fleiß und Sparsamkeit, den hört nicht — der ist ein Gifsmischer.“

Centrums-Clericale und Gouvernemental-Clericale.

Auf der Tagesordnung der Dinstag-Versammlung des Berliner Centrumsvereins stand zunächst der Antrag auf Erteilung eines Vertrauensvotums für den Abgeordneten Cremer, welches in der letzten Sitzung nicht zur Erledigung gekommen war.

Das „Berl. Tagebl.“ bringt über diese Versammlung folgenden Bericht: Herr Demarter spricht sich gegen den Antrag aus, da Cremer nicht mehr auf dem Standpunkte des Centrums stehe. Er habe im Architekten-

und links hümme vorspringendes altes Gemäuer den Blick, es erschien ihr störend, beengend; sie empfand Sehnsucht nach einer weiteren Rundschau.

Die Gräfin Mutter fand Alles sehr unbeladem, den Stuhl, den Tisch, ja selbst über den Tisch, der sie den Berg hinausgetragen, ließ sie eine verdrießliche Kritik ergehen, das gebüldige Langohr stand nicht weit entfernt und nährte sich redlich von einigen Disteln, die im Steinshut wuchsen.

„Mutter“, sagte Clarissa, „ich will auf die Plattform des Thurm, um das ganze landschaftliche Panorama zu übersehen, es ist jetzt die schönste Beleuchtung.“

„Aber Kind“, versetzte die Gräfin, „Du gönnt Dir ja keinen Augenblick Ruhe, es macht mich nervös, diese fortwährende Hast und Ungeduld.“

„Begleitest Du mich, Mutter?“

Die Gräfin schüttelte den Kopf lächelnd über die seltsame Frage, es war ihr unbehaglich, daß diese Kopfbewegung ohne das gewöhnliche, begleitende Geräusch der Papilloten vor sich ging: doch sie hatte ja dem leidigen Badeleben alles Behagen und ihre liebsten Gewohnheiten zum Opfer bringen müssen.

Clarissa, die in der That nirgends mehr Ruhe fand, die in ihren Träumen bei Tag und Nacht mit dem Gepräst eines einsamen, glanzlosen Lebens ringen mußte, konnte nicht genug Berge und Thürme ersteigen, nicht genug Ausflüge nach allen Gegenden der Windrose hin machen, das Hohe, das Weite lockte sie, es war doch ein Ziel; doch dort angekommen, empfand sie um so tiefer die grenzenlose Verarmung ihres Daseins.

War sie so reizlos? Der russische Fürst, der englische Lord, alle Granden der Erde waren ihr nur einen flüchtigen Blick zu, wenn sie auf der Brunnenpromenade stolz und stolz an ihnen vorüberströmten. Hier wäre noch ein Erfolg möglich gewesen für ihre gescheiterten Hoffnungen; doch Niemand näherte sich ihr. Lag denn etwas so Abschreckendes in ihrem Wesen? Sie fragte den Spiegel; er erklärte sich rücksichtslos zu ihren Gunsten.

Die innere Wendeltreppe des Thurm, welche Clarissa heraufschritt, war dunkel, nur durch einzelne Mauerlukens erleuchtet, die Stufen so angleichend, daß sie mit tastendem Fuß zunächst das Maß nehmen mußte zu Schritt oder Sprung; wobei sie sich zum Glück an dem eisernen

bauhaus gelegentlich einer Versammlung am Mittwoch sich das Wort des alten Fritz zu eigen gemacht, fünf Minuten nach dem Tode könne es jedem egal sein, wie er gestorben, und sich daselbst zu den Conservativen gewandt mit der Aufforderung: „Lassen wir den Kulturfeld ruhen, lassen Sie uns die Zwistigkeiten, welche derselbe unter den christlichen Bürgern angerichtet hat, unter den Lippen schließen. Wer auf dem Standpunkte des Centrums stehe, dürfe diesen Grundsätzen nicht widigen. (Unruhe.)

Abgeordneter Cremer bemerkte, daß der Ausspruch des alten Fritz nur auf den leiblichen Tod sich beziehe, und er habe wirklich nicht geglaubt, daß Demand in der Versammlung war, der ihn anders ausspielen könnte. Aber soweit geht man bereits in den Verdächtigungen gegen mich, daß man sagt, ich hätte die Unsterblichkeit der Seele, Belohnung im Himmel, Bestrafung in der Hölle leugnen wollen. Bezuglich Beendigung des Kulturfelds ist es die erste Forderung, daß sich Katholiken und Protestanten vertragen lernen (Beifall), daß man betont, was sie einigt, nicht was sie trennt. (Beifall.) Als mein Name in der letzten Antisemitenvorstellung genannt wurde, erkäute dem „Berl. Tagebl.“ zufolge der Ruf: Der schwarze Cremer ist ein Jesuit, er hat immer zum Centrum gehalten. Ich dachte, sobiel Verstand bei den Herren vom „Tageblatt“ vorhanden ist, sobiel dürfte ich doch auch hier noch voraussetzen. (Lebhafter Beifall.)

Pabel spricht unter großer Unruhe der Versammlung gegen ein weiteres Vorgehen Cremers mit den Conservativen; man möge nur noch zehn Jahre warten, bis sie sich die Hände gebrochen hätten, dann würden sie den Kulturfeld von selbst beenden.

Abg. Cremer: Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Kirche es in diesem Kampfe am längsten aushalten wird, denn sie hat die Verhetzung, daß sie nicht untergehen werde, eine andere Frage aber ist es, ob der Staat es aushält; der preußische Staat kann durch ihn ruinirt werden, und dann werden wir als Staatsbürger mit ruinirt. (Beifall.) Aber so viel Patriotismus beansprucht ich auch als Katholik, daß ich den preußischen Staat nicht durch den Kulturfeld ruiniren lassen will. (Stürmischer Beifall.) Wenn das zum correcten katholischen Standpunkt gehört, wenn das der Punkt ist, der uns scheidet, dann sind wir geschiedene Leute. (Lebhafter Beifall.) Zweifeln Sie nicht an meiner ehrenhaften katholischen Ueberzeugung, aber ich kann keine politische Autorität als Richter über meinen katholischen Standpunkt anerkennen. Wenn es verlangt wird, dann will ich die Entscheidung des Fürstbischofs von Breslau anrufen, bis dahin aber verbitte ich mir, meinen Katholizismus zu vertheidigen. Ich werde mich sonst mit meiner Faust wehren müssen. (Lebhafter Beifall.)

Barb fragt schriftlich an, ob die jetzige Versammlung noch eine Versammlung des Centrumsvereins sei. Weber greift die „Germania“ wegen ihrer Berichte und falscher Wiedergabe der Resolution an.

Strobel glaubt, daß die Revolution, in welcher dem Abgeordneten Cremer ein Vertrauensvotum ertheilt werden soll, durch den letzten Vertragsantrag bereits erledigt sei.

Barb bittet die Resolution abzulehnen. (Große Unruhe.) Ich protestiere dagegen, daß die heutige Versammlung eine solche des Centrumsvereins ist, ich muß meine Leute doch kennen, denn ich bin Kassenführer sowie die Hirsch-Dunderchen, wovon wir die Repräsentanten hier in Gaarden sehen. Diese Gewerbevereine verfolgen dieselben Ziele wie die Engländer. Auch sie beruhen auf der eigenen Kraft und der eigenen Einsicht der Angehörigen, auch sie fordern keine Staatshilfe, sondern nur zweierlei: Erstens, die Anerkennung ihrer Organisation, die Fähigkeit, ihre Kassen richtig zu verwalten, nach außen hin selbstständig aufzutreten. In dieser Weise dient das Hilfskassengesetz, aber noch fehlen andere gefährliche Ordnungen.

Sie fordern zweitens, und mit vollem Rechte, daß das eigentliche Arbeiter-Versicherungswesen nicht mit der Unfallversicherung verwechselt werde. Jene Arbeiterversicherung, von der ich sprach, sie ist aus der Natur der Arbeit und des Arbeiters hervorgegangen: durch Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit veranlaßt. Der Arbeitsunfall dagegen, der durch die Produktionsoperation hervorgebracht wird, wurzelt in der Natur des Betriebes. Seine Entstehung darf deshalb nicht auf den Lohn, auf den Arbeiter sondern muß auf die Betriebskosten, auf die Unternehmer gewälzt werden.

In dieser Richtung, in diesem Prinzip bewegt sich die Haftpflicht: hier wird dem Arbeiter der Anspruch verliehen, die Folgen der Verunfälgung durch den Betriebsunternehmer decken zu lassen! War das bisherige Gesetz auch noch nicht in die rechte Form gebracht, so war doch der Grundatz am sich richtig.

Als nun im Frühjahr das Unfallversicherungsgesetz vorgelegt wurde, da sagten sich die Gewerbevereine, wir wollen die Durchführung der Haftpflicht, und zwar deshalb, damit nicht dem Unternehmer etwas abgenommen wird, was ihm auf alle Fälle obliegt. So die Stellung der Gewerbevereine. Die deutschen Gewerbevereine haben hier bewiesen, daß sie voll und ganz auf den bewährten Bahnen der englischen vorwärtsgehen.

Ich für meinen Theil bin der festen Überzeugung, daß dies die richtigen Bahnen sind. Diese Gewerbevereine sind noch jung, sie haben noch keine umfassende Erfahrung hinter sich, sie bedürfen noch einer größeren Mitgliederzahl; aber meine ganzen Wünsche und Sympathien gehörn ihnen. Sie sind die rechten Pioniere für den Arbeiterstand. Sie verwirklichen den Spruch eines weisen Mannes, eines berühmten Arbeitfreundes, Benjamin Franklin's: „So Euch Demand sagt, daß Ihr durch andere Mittel zur Wohlfahrt gelangt, denn durch eigene Kraft, durch eigenen Fleiß und Sparsamkeit, den hört nicht — der ist ein Gifsmischer.“

Se. Majestät der König hat den Superintendentur-Bicar Pfarrer Gottlieb Leberecht Ludwig Pehholz in Klein-Glienicke zum Superintendenten der Diözece Potsdam I., Regierungsbezirk Potsdam, und den Oberpfarrer Wilhelm Ferdinand Stodmann in Klinkowwalde zum Superintendenten der Diözece Dobrilugk, Regierungsbezirk Frankfurt a. O., ernannt.

Dieziehung der 4. Klasse 164. Königlich preußischer Klassen-Lotterie wird am 29. Juli d. J. Morgens 8 Uhr, im Biehungsraale des Lotteriegebäudes ihren Anfang nehmen. (R. Anz.)

[Liberaler Wahlbewegung.] In einer am 17. d. Ms. in Friedberg (Oberhessen, Reichstagwahlbezirk Friedberg-Büdingen-Buhbach-Bilbel) stattgehabten Versammlung von Vertrauensmännern der hessischen Fortschrittspartei (dieselbe begreift bekanntlich auch die national-liberalen Elemente des Landes in sich) ist wie uns von dort berichtet wird, der bisherige, der liberalen Vereinigung angehörige Reichstag-Abgeordnete Dr. Schröder (Friedberg) aus Worms einstimig wieder als Kandidat aufgestellt worden, nachdem sich derselbe auf vielfache Auflösungen hin zur Annahme einer auf ihn bereit erwählten Wahl bereit erklärt hat. Die Wahl des in seinem Wahlkreis hoch angesehenen Herrn Dr. Schröder ist unzweifelhaft; lange Zeit war Dr. Schröder gewillt, kein Mandat wieder anzunehmen; sein jetziger Entschluß ist um so mehr zu begrüßen, als die Situation es dringend erfordert, daß so bewährte, tüchtige und freisinnige Männer, wie Herr Dr. Schröder, nicht die Reihen der politischen Kämpfer verlassen.

[Offizielle Klopsefahreneien.] In welcher Weise die offizielle Presse täglich ihr Gift nach allen Seiten hin verspricht, dafür liefert auch das neueste Abendblatt der „N. A. Z.“ wieder erstaunliche Beweise. So heißt es in dem Leitartikel: „Für Bismarck ist nicht der einzige, der keine große Meinung von der Politik und den Leistungen desjenigen liberalen Ministers hat, in dessen Umgebung die „Reichsglocke“ zahlreiche Abonnements fand. Damit nun unmöglich ein Zweifel darüber entstehen könne, wer der hier an den Pranger gestellte Minister sei, wird unmittelbar darauf fortgeschrieben: Der Nachfolger desselben, Graf Bernstorff, ließ während seiner Amtsführung die Dinge in dem verschworenen Zustande liegen, in dem er sie vorgefundene hatte. Hierzu bemerkte die „Tribune“: Wenn Nachfolger nun Graf Bernstorff gewesen, das steht in den Annalen der Geschichte so deutlich geschrieben, daß es gerade so gut gewesen wäre, den Namen deutlich auszuschreiben. Es war der Freiherr von Schleinitz. Um dem Liberalismus einen Sieg zu verschaffen, war diese Demarche in der That nicht nötig; die liberale Partei hat seit dem Jahre 1866 die Grenze zwischen dem früheren Freiherrn und jetzigen Grafen von Schleinitz sehr deutlich gezogen. Und vor dem Jahre 1866 gehörte Herr v. Schleinitz der „Fraction Matthis“ an. Graf Bernstorff verlor, dem der Consequenz halber auch eine wegwerfende Redensart an den Kopf geworfen wird, war ein offener Conservativer. Das Interessante an jenem Ausfall gegen den Vorgänger des Herrn v. Bernstorff besteht nun darin, daß der Graf Schleinitz sich noch heute im Besitz des höchsten Hofamtes und somit auch im Besitz desjenigen Vertrauens befindet, das Männer besitzen müssen, welche ein solches Hofamt bekleiden und daß er dennoch Angreife dieser Art von einem freiwillig-gouvernementalen Blatt über sich ergehen lassen muß. Ein zweiter Ausfall trifft einen längst Verstorbenen, den Nitter Bunten. Die „N. A. Z.“ gibt sich noch immer den Anschein, als glaube sie daran, daß außer dem von Dahlmann ausgearbeiteten Siebzehner-Entwurf zur deutschen Reichsverfassung noch ein anderer, gleichzeitiger Entwurf Dahlmann's existire, der zwar im Augenblick völlig verübt sei, dem man aber vielleicht durch eine öffentliche Auflösung noch auf die Spur kommen könne. Da sie aber selber fühlt, daß dieser Prozeß von ihr unrettbar verloren werden wird, so sucht sie sich an dem Andenken Bunten's, dessen Autorität man ihr entgegengehalten hatte, dadurch zu rächen, daß sie aus Bunten's Werken den Nachweis führt, Bunten sei im Mai 1848 noch nicht von der Notwendigkeit des preußischen Erbkräftethums überzeugt gewesen, sondern habe sich für eine Wahlmonarchie ausgesprochen. Man wird Herrn v. Bunten gegen diesen Vorwurf nicht rechtfertigen können; aber wie viele Leute giebt es denn, die schon im Mai 1848 von der Notwendigkeit des preußischen Erbkräftethums überzeugt waren? Gehörte etwa Herr v. Bismarck dazu? Oder gehörte er auch nur im Mai 1850 dazu? oder im Mai 1850?

[Das Reichsgericht und die rechtliche Stellung der Hauptzölle in Hamburg und Bremen.] Unmittelbar vor Beginn der Gerichtsgericht hat das Reichsgericht, wie wir der „N. A. Z.“ entnehmen, eine Entscheidung publicirt, welche die Aufmerksamkeit der juristischen und politischen Kreise in mehr als gewöhnlichem Maß auf sich ziehen wird. Alle Welt erinnert sich noch, daß in der letzten Session des Reichstags die Frage von der rechtlichen Stellung der Hauptzölle in Hamburg und Bremen zur Sprache kam und daß dabei unerwartet eine höchst eigentümliche Controverse auftrat. Vertreter der Reichsregierung und Bundesbevollmächtigte machten geltend, daß das Hamburger Hauptzollamt nicht als eine Reichsbörde, sondern vielmehr als eine aus dem Zollverein noch übrig gebliebene Börde, welche unter dem preußischen Finanzministerium steht, aufzufassen sei, wogegen aus der Mitte des Reichstags erwidert wurde, daß der Zollverein durch die Reichsverfassung in allen Verhandlungen sein Ende gefunden habe und somit die beiden Hauptzölle, da sie die Zölle in Hamburg und Bremen unmittelbar für den Reichsfinanz erheben, auch als Reichsbörden anzusehen sein müßten. Eben diese intricate Controverse hatte das Reichsgericht aus Anlaß eines Civilstreits zu entscheiden. Eine Bremer Firma hielt sich durch die angeblich ungefährliche Erhebung des neuen Tabakzolls für beschwert und forderte Rückersatz der gezahlten Beträge, die eine sehr erhebliche Summe repräsentirten. Die beiden Unterinstanzen hatten sich für incompetent erklärt, indem sie unter Anwendung des preußischen Rechtsgrundsatzes über die Zulässigkeit des Rechtsweges den letzteren für ausgeschlossen erachteten. Hiergegen führte nun aber der klägerische Anwalt vor dem Reichsgericht aus: die Zölle, welche ersezt verlangt werden, seien von kaiserlichen Zollämtern für den Reichsfinanz erhoben, über die gerichtliche Geltendmachung des Kaisersatzes folcher Zölle können nicht die für Preußen oder den ehemaligen Zollverein maßgebenden Grundsätze entscheiden, sondern nur diejenigen Grundsätze, welche

„Sie sind gewiß ein Maler, mein Herr?“ fragte Clarissa.

„Keineswegs! Selbst Dilettant bin ich nicht in dieser Kunst.“

„Doch Sie erfreuen sich an den Schönheiten landschaftlicher Beleuchtung.“

„Ich bin etwas abgestorben dafür“, versetzte der Fremde, „es sind immer dieselben Kunststücke, mit denen die gute Sonne ihre Licht- und Farbenwechsel zu Stande bringt. Ich habe dies jetzt zur Genüge in zwei Welttheilen gesehen, in den Prairien am Niagara-fall. Ueberhaupt... die Natur ist nur schön in ihrer einsamen Größe, in ihrer stillen Erhabenheit und sie verliert ihren Zauber, wo sie auf ein großes Publikum rechnen darf.“

Der Fremde sprach diese Worte mit wohlklangender Stimme, es lag über seinem ganzen Wesen ein Hauch seiner Bildung, den die Sitten der Hinterwälder, wie sich Clarissa sagte, nicht ganz hatten verwischen können. Es schien ihr indeß nicht passend, daß ungefährte Rendez-vous auf dem Thurm zu verlängern bis in die herab sinkende Dämmerung; sie wandte sich der Treppe zu nicht ohne Zögern; denn wie sollte sie den Sprung über die fehlenden Stufen wagen.

„Der Thurm scheint wenig besucht zu sein“, sagte sie.

„Die Meisten begnügen sich mit der Aussicht vom Burghof; etwas Verfall gehört überhaupt zur deutschen Romantik. Doch Sie können nicht allein über diese Treppenlücke hinweg... Darf ich Ihnen wieder meine Hand reichen?“

Der Fremde sprang auf die nächste Stufe, die ihm erlaubte, festen Fuß zu fassen, diesmal mußte Clarissa an seiner Hand hinabsteigen; sie hatte nicht unbegründete Scheu davor, ihm in die Ar

aus der rechtlichen Natur eines von einer Reichsbehörde erhobenen Reichsgerichts notwendig abgeleitet werden müssen. Das Reichsgericht erklärte laut seiner in den jüngsten Tagen publicirten Entscheidung den Rechtsweg für zulässig; es muß also die oben erwähnte Auffassung des klägerischen Anwalts verworfen haben.

[Die Vorgänge in Neustettin.] Aus Neustettin, 19. Juli, erhält die „Nat.-Btg.“ folgenden Bericht: Als es gestern Abend 11 Uhr nicht ge- lang, die verjammelte Menge zu zerstreuen, die Polizei hielt dem Hauf- gesamtheit ihrer Ohnmacht einsehen mußte, suchte man nach einem Aus- kunftsmittel, um den Auflauf durch eine „gemütliche Stimmung“ zum Ab- schluss zu bringen. Es wurde die Kosz'sche Musikkapelle nach dem Markt- schluss zu bringen. Es wurde die Kosz'sche Musikkapelle nach dem Markt- schluss zu bringen. Es wurde die Kosz'sche Musikkapelle nach dem Markt- schluss zu bringen. Es wurde die Kosz'sche Musikkapelle nach dem Markt- schluss zu bringen. Es wurde die Kosz'sche Musikkapelle nach dem Markt- schluss zu bringen.

Die Menge sich nun erst recht nicht zerstreute, aber auch in gemütlicher Stimmung blieb, bewegte sich der Zug zurück durch die Straßen der Stadt und zum anderen (westlichen) Ausgänge der Stadt hinaus. Hier verschwand — nach 12 Uhr — die Musikkapelle und man erwartete, daß die Menge nunmehr sich von selbst auflösen werde. Diese Ver- mutzung täuschte jedoch; die Haufen lebten zurück und hausten nun fürchterbar, als in der vergangenen Nacht. In dem ganzen Freundlichen scheine — im Laufe des Tages waren alle Fenster repariert worden — blieb nicht Hause — eine Scheibe ganz. Enden erging es dem jüdischen Kaufmann Lindenberg, dessen Familie nur ein einziges Zimmer hatte, in welchem sie gegen die Steinwürfe Schutz suchen konnte. Ferner wurde beim Kürschner Lefler alles zertrümmert. Auch das Schaufenster eines christlichen Glaser und Toyz- waarenhändlers wurde total zerstört; hierzu wird die jüdisch klingende Firma — Simon — Ursache genommen sein. Die jüdische Bevölkerung befindet sich in Besorgniß für Gut und Leben. Der Synagogenvorstand soll sich Hilfe suchend an den Regierungspräsidenten gewandt haben. Der Landrat hat weitere Gendarmerie von Auswärts herbeizogen.

Die „Nat.-Btg.“ bemerkt hierzu: „Dass eine kleine Stadt, die am Knotenpunkt mehrerer Bahnen liegt, eine Nacht der Schauplatz rohen Scanda und brutalen Demolirungen sein könnte, ist traurig, aber begreiflich, weniger begreiflich ist es, daß die Behörden des Kreises und der Provinz nicht die genügenden Anordnungen getroffen hatten, um die Wiederholung solcher Szenen in der folgenden Nacht unmöglich zu machen. Die Maßregeln, welche die Neustettiner aus eigener Initiative ergriffen, erinnern an die Schilderung der Revolution in Reuters Stromtid. Der Mangel an Voraus- sicht und Energie, der von leitender Stelle gezeigt wurde, ist im höchsten Grade bedauerlich.“

Italien.

Rom, 15. Juli. [Demonstrationen.] Die Kundgebungen wurden gestern epidemisch; wir hatten deren nicht weniger als drei; die erste fand im Saale des Zuchtpolizeigerichts statt, als das Urteil gegen die Arrestanten vom 13. d. verkündigt wurde. Es waren deren sechs, nur junge Leute; sie wurden wegen ungebührlicher Schmähung der Religion verurtheilt und zwar einer zu drei Monaten, zwei zu je zwei Monaten und drei zu je einem Monat Gefängnis nebst Geldstrafen von 150—250 Francs. Der harte Spruch erregte unter den zahlreichen Zuschauern solche Entrüstung, daß sie mit Schreien und Pfeifen protestierten. Dem Tadel gegen die clericalen Richter schließen sich übrigens heute alle liberalen Blätter an, und man macht allerlei Glossen dazu, daß ein solches Urtheil gerade unter Banardelli gefällt worden ist. Die zweite Kundgebung bestand darin, daß man einer clericalen Zeitungsredaktion einige Fensterscheiben einschlug und das Schild an ihrer Thür zerbrach. Die dritte und größte bildete sich gegen 11 Uhr Abends auf der Piazza Colonna; dort spielt des Abends Militärmusik, sodas immer viele Leute dasselb vorhanden sind; diese verlangten gegen Ende des Concerts die Nationalhymne, welche Bitte ihnen aber nicht gewährt wurde. Die ermüdeten Bläser packten ruhig ihre Instrumente ein und gingen fort; darauf begann man zu „demonstriren“, d. h. Evviva u. dgl. zu rufen, ohne daß eigentlich ein Mensch gewußt hätte, welche besondere Absicht dem zu Grunde lag. Schließlich trat ein Volksredner auf und machte den Vorschlag, um doch etwas Thatsächliches zu leisten, sollte man nach dem Bahnhofe rücken und der Königin, die mit einem Nachzuge von Neapel erwartet wurde, eine Huldigung bringen. Der Menge war das recht; unter Hochrufen auf die Königin setzte man sich in Bewegung; der Polizei aber schien die Sache überflüssig und schon auf dem Corso stellte sich den Demonstranten eine Compagnie Soldaten entgegen, worauf die geräuschossten Patrioten sich zurückzogen. Das war Alles und hoffentlich das Letzte, was wir von solchen Kundgebungen erlebt haben.

(S. 3.)

Frankreich.

Paris, 18. Juli. [Der neue Polizeipräfekt.] Paris hat seit gestern einen neuen Polizeipräfekt; Herr Gamescafé hat sein Amt unvergänglich angetreten. Er ist ein noch junger Mann, dem man große Energie und Geschäftskennheit nachräumt. Der einen wie der andern wird er in seiner neuen Stellung bedürfen. Er war Präfekt in der Haute-Voile, in einem der Pyrenäen-Departements und in Pas-de-Calais, und in der letzten Zeit bekleidete er ein Amt im Ministerium des Innern, welches ihm keine persönliche Verantwortlichkeit auferlegte. Der Posten des Polizeipräfekten ist unter den gegenwärtigen Umständen einer der schwierigsten, die einem Politiker in Frankreich angeboten werden können. Fürs Erste werden vermutlich die Pariser Stadtväter Herrn Gamescafé ein freundliches Gesicht zeigen, da sie die Entfernung des verhafteten Andrioux als einen Sieg betrachten. Aber die Herrlichkeit wird nicht lange dauern, denn im Grunde ist ja die Opposition des Gemeinderaths mehr noch gegen die jetzige Institution der Polizeipräfektur als gegen den Polizeipräfekten gerichtet gewesen, und Andrioux selbst war eine persona grata, so lange er sich nicht genöthigt fand, seine Rechte geltend zu machen. Es wäre also natürlich, daß die Regierung darauf bestände, ihren Gesetzvorschlag, der die Polizeipräfektur dem Gemeinderathe gegenüber unabhängiger machen soll, noch in dieser Session zur Debatte zu bringen. Sie dürfte um so weniger auf das Project verzichten, weil es sonst den Anschein hätte, man habe das neue Gesetz nur deshalb in Vorschlag gebracht, weil man Andrioux persönlich in der Präfektur zu erhalten wünschte. Das Ministerium wird denn auch wohl die Erledigung dieser Angelegenheit verlangen; aber es wird seine Forderung nicht durchsetzen. Die betreffende parlamentarische Commission hat heute Nachmittag ihre Be ratungen mit der Erklärung abgeschlossen, es sei unmöglich, vor der Auflösung der Kammer in der Sache etwas zu thun. Herr Gamescafé muß also unter den bisherigen Bedingungen die Campagne gegen die Stadtväter fortführen. Was seinen Vorgänger Andrioux anlangt, so ist derselbe heute bereits von Dieppe zurückgekehrt, weil die Kammer darüber zu entscheiden hat, ob Frau Ebey ermächtigt werden soll, ihn vor Gericht zu verfolgen. Bekanntlich räth die Commission, deren Berichtsteller Peulevey ist, die Einleitung dieses Prozesses zu bewilligen, während der Justizminister sich der Verfolgung Andrioux widersetzt. Der letztere selber hat die leicht begreifliche Absicht, eventuell ein Wörthen in die Debatte dreinzureden.

Provinzial-Zeitung.

Wien, 19. Juli. [Landgericht. Strafkammer I. Ferien- sitzung. — Urkundenfälschung und fahrlässiger Meineid.] Am 16. Januar 1880 erstaute der im Bureau des I. Polizeicommissariats mit Eintragung der An- und Abmeldungen beschäftigte Schuhmann Karl Pohl bei dem königl. Polizei-Präsidium die Anzeige, der Schuhmachermeister Kliment, Messergasse 12 wohnhaft, habe einen bei ihm als Untermieter wohnenden Kaufmann Namens Müller erst am 13. Januar 1880 angemeldet, obgleich

er zu dieser Meldung spätestens bis 2. Januar 1880 verpflichtet gewesen wäre. Daraufhin erhielt R. für Übertretung der Meldordnung durch Mandat eine Strafe von 1 Mark zuwidert. R. erhob gegen das Mandat Einspruch, indem er gleichzeitig richterliche Verhandlung verlangte. Im ersten Termin beantragte R. Beweisaufnahme dahin, daß er den M. bereits am 31. December 1879 angemeldet habe. Zum neuen Termin, den 24. Juli v. J., wurde Pohl als Zeuge geladen. Derfelbe befundet eidlich, die Meldung sei erst am 13. Januar 1880 erfolgt. Inzwischen war bei Gerichte ein mit „Klimke, Schuhmachermeister“ unterzeichnetes Schreiben eingegangen, in welchem der Unterzeichnete erklärt, er nehme seinen Einspruch gegen das oben erwähnte polizeiliche Mandat zurück. Zu derselben Zeit wurde bei der Stadthauptkasse die 1 Mark Polizeistrafe bezahlt. Klimke gab damals die Erklärung ab, das den Einspruch zurücknehmende Schreiben sei nicht mit seinem Wissen und Willen gefertigt worden, auch habe weder er noch seine Angehörigen die Polizeistrafe erlegt. Im Gegenteil beantragte er, gestützt auf sein gutes Recht, nach wie vor die gerichtliche Verhandlung und hoffe, durch die Beweisaufnahme zu seiner Freisprechung zu gelangen. Klimke ist auch in der That in der damaligen schöffengerichtlichen Verhandlung von Strafe und Kosten freigesprochen worden. Wie das gegenüber der eidlichen Befunderung des Pohl möglich gewesen, darüber brachte uns die gefrigte Verhandlung vor der Strafkammer I keinerlei Aufklärung. In dieser Verhandlung erschien der Schuhmann Pohl unter der doppelten Anklagebank auf der Anklagebank, den am 24. Juli v. J. in der Melde-Contraventions-Anklage gegen Klimke abgeleisteten Eid in fahrlässiger Weise falsch geschworen und das den Einspruch des R. zurücknehmende Schriftstück, also eine zum Erweisen von Rechten und Rechtsverhältnissen erhebliche Privaturkunde ohne Wijsen des R., also fälschlich angefertigt zu haben. Angeklagter erklärt sich in beiden Fällen für Nichtschuldig. Hinsichtlich des ihm zur Last gelegten Meinides beruft sich die Anklage darauf, Pohl habe in der That die Anmeldung des M. am 31. December 1879 erhalten, dies beweise ein zu den Acten beigefügter Original-Anmeldebogen, welcher den vom Angestellten herührenden Präsentationsstempelvermerk „31. December 1879“ trage. Pohl muß zugeben, daß dieser Schein zur angegebenen Zeit durch seine Hände gegangen sei, will aber zur Zeit der Eidesleistung hiervor kein Wissen gehabt haben. Sein Eid habe sich nur auf den nachträglich zu den Acten gebrachten Schein vom 13. Jan 1880 bezogen. Während der ersterwähnten Schein die Handchrift Müllers trägt, ist dem Zeugen Klimke die Schrift auf dem zweiten Schein gänzlich unbekannt. Zu allgemeiner Verwunderung erklärt die zweite Zeugin, Frau Klimke, der Schein vom 13. Januar trage ihre Handchrift, wie derselbe zur Polizei gekommen sei, weil die Zeugin nicht anzugeben. Dieselbe wird im Weiteren in ihren Aussagen sehr unsicher, indem sie Anmeldung mit Abmeldung verwechselt. Zum Beweise, daß das Schriftstück, durch welches Pohl der Urkundenfälschung verdächtigt wird, von dem Angestellten herührt, beruft sich die Anklage auf das Urtheil von Sachverständigen. Als solche treten die beim bietigen Landgericht ein für allemal als Schreibsachverständige ernannten Herren Kanziel-Inspectoren Schulz und Schott auf. In der Vernehmung dieser Herren wiederholt sich der schon früher dagewesene Fall, daß sich ihre Zeugnisse strikte gegenüberstehen. Schulz bekundet ohne länges Besagen, das Schriftstück rubre leineswegs von der Hand des jetztigen Angestellten her, mit gleicher Bestimmtheit erklärt Schott, das Schriftstück sei zweifellos von Pohl angefertigt worden. Schott will diese seine Überzeugung noch ausführlich begründen, wird aber daran durch den Vorwisen mit dem Bedenken gehindert, der Gerichtshof werde sich nunmehr selbst ein Urtheil über die Handschrift bilden. Als bestehend wirkt für den Angestellten noch folgender Umstand: Am Morgen des 24. Juli, also vor dem Termine, in welchem Pohl zum Eide und die Sache selbst zum Teicht- strafe verzogenen Klimke und machte ihm die Mittheilung, der Termin sei aufgehoben, die Sache müsse also wohl richtig befunden worden sein. Wir konnten die Auslassung des Angestellten betrifft dieses Punktes nicht verstehen, wohl aber hören wir, daß er zugab, bei Gelegenheit der Erledigung eines dienstlichen Auftrages in der Klimke'schen Wohnung gewesen zu sein. Herr Staats- anwalt Weichert hält die Beweismomente für ausreichend, um gegen den Angestellten in beiden Anlastfällen das Schulbog auszusprechen zu können. Er beantragt eine Gesamtstrafe von 3 Monaten Gefängnis, event. Vertagung der Verhandlung beziehungsweise Einforderung einer Ausunft des königl. Polizei-Präsidiums, ob Pohl bei der Eidesleistung wissen mußte oder konnte, daß ein Anmeldebogen am 31. December sich in den Melderegistern befindet. Justizrat Lubowski stellt als Vertheidiger des Angestellten den Antrag auf völlige Freisprechung. Es sei wohl denkbar, daß Pohl trotz aller pflichtmäßigen Sorgfalt bei der Eidesleistung sich nur des Scheines vom 13. Januar erinnerte. Bei der großen Zahl der eingehenden Meldungen könne sich ein Beamter unmöglich jeden einzelnen Vorgang im Gedächtnis behalten. Bezuglich der Urkundenfälschung seien gleich große Zweifel vorhanden. Er weise nur auf den Widerpruch in den Gutachten der Sachverständigen hin. Der Gerichtshof sprach den Angestellten von Strafe und Kosten frei. Der Beweis sei nicht erbracht worden, daß Angestellter fahrlässiger Weise etwas Fälsches befreimt habe. Die Urkundenfälschung anläßend, sei der Gerichtshof im Anschluß an das Gutachten des ersten Sachverständigen zu der Überzeugung gelangt, daß mehrere erwähnte Schriftstücke nicht von der Hand des Angestellten her.

— r. [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 10ten bis 16. Juli wurden 52 Chen (gegen 54 in der Vorwoche) geschlossen. Geboren wurden 229 Kinder (122 Knaben und 107 Mädchen), darunter 13 Toptegeborene. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todgeborenen) betrug 232 (113 männliche und 119 weibliche). Der Überschub der Sterbefälle über die Geburten betrug mithin 3, in der vorigen Woche 19. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0—1 Jahr 117, von 1—5 Jahren 23, von 5—15 Jahren 9, von 15—20 Jahren 2, von 20—30 Jahren 15, von 30—40 Jahren 18, von 40—60 Jahren 24, von 60—80 Jahren 13, von über 80 Jahren 11. Die Todesursachen waren: Scharlach 3, Diphtheritis 2, Kindbettfeber 3, Keuchhusten 1, Unterleibstypus 3, Darm- und Magen- darmkatarrh 40, Brechdurchfall 20, acuter Gelenkheumatismus 1, Gehirn- löt 3, Krämpfe 21, andere Krankheiten des Gehirns 13, Brüne 2, Lungen- schwund 10, Lungen- und Luftröhrenentzündung 18, andere acute Krankheiten der Atemhörgane 2, andere Krankheiten der Atemhörgane 21, alle übrigen Krankheiten 67, Unglücksfall 1, Selbstmord 1. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 273,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 41,26, Gestorbene (excl. Todgeborene) 44,31.

— r. [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 10ten bis 16. Juli betrug die mittlere Temperatur 19,5, die höchste 34,8, die niedrigste 12 Gr. C., die Höhe der Niederschläge 1,65 mm.

— [Bäderfrequenz.] Warmbrunn, 19. Juli. Die Frequenz unseres Badeortes beträgt bis zum heutigen Tage an Badegästen 786 Familien mit 1183 Personen, an Sommerrästen 1369 Familien mit 2182 Personen, in Summa 2155 Familien mit 3365 Personen.

Reichenhall, 19. Juli. Die heute ausgegebene Kurliste zählt 2642 Gäste in 1304 Parteien auf.

— Warmbrunn, 19. Juli. [Ernteaussichten.] Die Ernte wird sich hier im Gebirge wohl noch einige Tage verzögern, so daß Aussicht vorhanden ist, daß dieselbe dann hintereinander, wie man hier zu sagen pflegt, vor sich gehen kann. Die Sommerzeit verspricht mindestens einen sehr günstigen Ertrag. Gleichzeitig mit der Sommerzeit aber dürfte erst der Weizen schnittreif werden. Roggen und Frühgesteine dürfen sonach hier im Gebirge den Anfang machen. Von vorzülicher Güte wird in diesem Jahr das Wachsthum des Flachses gestellt; leider ist von diesem Produkt in diesem Jahrzuge verhältnismäßig wenig im Gebirge angebaut worden.

Teleg ramme.

(Aus Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 20. Juli. Dem „Telegraphe“ zufolge, wäre Bou-Alima gestern zwischen Sfissa und Khadza hindurchgegangen.

London, 20. Juli. Das Unterhaus genehmigte ohne Abstimmung die zurückgestellten Artikel der Landbill einschließlich der Artikel, wodurch die Mitglieder der Landcommission ernannt werden, gemäß der Regierungsvorlage.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 20. Juli, Abends. [Boulevard] 3% Rente —, —. Neuße Anleihe 1872 119, 28. Türk. 15, 47. Neue Egyptier 395, —. Banque ottomane, —. Italiener 90, 05. Chemins de fer 1. —. Deister. Goldrente —. Unar Goldrente —, —. 4proc. ung. Goldrente —. Spanier exter. 26, 31 do. inter. —. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkloose —. Türk. 1873 —. —. —. —.

Frankfurt a. M., 20. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlu-

Course] Londoner Wechsel 20, 50. Pariser Wechsel 20, 20. Wiener Wechsel 174, 55. Köln-Mindener Stamm-Aktion 152^{1/4}. Rheinische Stamm-Aktion 163^{1/4}. Hessische Ludwigsbahn 99^{1/2}, Köln-Mind. Prämien-Anth. 131^{1/2}. Reichsanleihe 102^{1/2}. Reichsbank 151^{1/2}. Darmstädter Bank 172^{1/2}. Meininger Bank 104^{1/2}. Österr.-Ungarische Bank 730, 50. Credit-Aktion^{1/2}. 317^{1/2}. Wiener Bankverein 119^{1/2}. Silberrente 68^{1/2}. Papierrente 67^{1/2}. Goldrente 81^{1/2}. Ungarische Goldrente 102^{1/2}. 1860er Löse 129, 1864er Löse 331, —. Ung. Staatsloose 238, —. Ung. Ostbahnhöhe 96^{1/2}. Böhmisches Westbahn 289^{1/2}. Elisabethbahn 182^{1/2}. Nordwestbahnhof 193^{1/2}. Galizier 283. Franzosen^{1/2} 309. Lombarden^{1/2} 108^{1/2}. Italiener —. 1877er Russen 92^{1/2}. 1880er Russen 76. II. Orientanleihe 61^{1/2}. III. Orientanleihe 61. Central-Pacific 115^{1/2}. Buschlehrader —. Ungar-Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. —. Private Disccont — p. Et. Spanier —. Schwach.

Nach Schlaf der Börse: Creditaction 316. Franzosen 307^{1/2}. Galizier 282^{1/2}. Lombarden 108. Österr. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. —. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —.

* ver medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 20. Juli, 5 Uhr 35 Min. Abends. [Abendbörse.] Orig.-Dep. der Bresl. Btg. Credit-Aktion 316, 37. Staatsbahn 308, 75. Lombarden 108, —. Österr. Silberrente 68, 31 do. Goldrente —, —. Ung. Goldrente —, —. 1877er Russen —, —. Galizier —, —. Spanisch.

Hamburg, 20. Juli, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc.

Confolls 102^{1/2}, Hamburger St.-Br.-A. 127, Silberrente 68^{1/2}, Ost. Goldrente 82^{1/2}, Ung. Goldrente 102^{1/2}, 1860er Löse 129^{1/2}, Credit-Aktion 316^{1/2}, Franzosen 771, Lombarden 270, Ital. Rente 91, 1877er Russen 92^{1/2}, 1880er Russen 74^{1/2}, II. Orient-Anl. 59^{1/2}, III. Orient-Anl. 59^{1/2}, Norddeutsche 1873^{1/2}, 50% Amerit. —, Rhein. Eisen. 163^{1/2}, do. junge 160^{1/2}, Bergisch-Märkische do. 122^{1/2}, Berlin-Hamburg do. 285. Altona-Kiel do. 177^{1/2}, 3 proc. österr. Papierrente —. Disccont 3 %, — Geschäftsflos.

Hamburg, 20. Juli, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine ruhig. Roggen loco flau, auf Termine ruhig. Weizen pr. Juli-August 205, 00 Br., 204, 00 Gy. pr. Septbr.-Octbr. 206, 00 Br., 205, 00 Gy. Roggen pr. Juli-Aug. 167, 00 Br., 165, 00 Gy. pr. Sept.-October 158, — Br., 157 Br. Hafer ruhig. Gerste leblos. Rüböl matt-loc 55, — Br., 55 Gy. Spiritus geschäftsflos, pr. Juli 48 Br., pr. August-September 48 Br., pr. Septbr.-October 48 Br., pr. Octbr.-November 48 Br., pr. November 55, 50. Kaffee sehr ruhig, geringer Umlauf. Petroleum matt, Standard white loco 7, 35 Br., 7, 25 Gy. pr. Juli 7, 35 Br., pr. August-December 7, 60 Br. Butter: Heiß.

Posen, 20. Juli, Spiritus pr. Juli 54, 70, pr. August 54, 70, pr. September 53, 80. Get. — Liter. Behauptet.

